

DIE WELT, 22.04.2022, Nr. 78, S. 2 / Ressort: Politik

Rubrik: Politik
Nachhaltige Stadt

"Es ist zumutbar, die Leute zum Sparen zu zwingen"

Trotz Energiekrise hält Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) an den Klimazielen in Tübingen fest. Im Weg stehe ihm aber die Bürokratie

Diana Pieper

Tübingen gilt als Vorzeigestadt in Sachen Klimaschutz. Wer die ökologische Wende vorantreiben will, muss sich jedoch nach wie vor mit komplizierten Regelungen auseinandersetzen, wie Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) im Interview erklärt.

WELT:

Herr Palmer, der Krieg in der Ukraine führt uns in aller Deutlichkeit vor Augen, wie abhängig Deutschland von fossilen Rohstoffen ist. Nun wird etwa diskutiert, ob Kohlekraftwerke Versorgungsgengpässe überbrücken oder größere Mengen des umweltschädlichen Fracking-Gases importiert werden sollen. Ist die Energiewende in Gefahr?

Boris Palmer:

Ganz im Gegenteil. Die Brückentechnologie Erdgas war schon vor dem Krieg umstritten, jetzt ist offensichtlich geworden, dass wir möglichst schnell alle fossilen Rohstoffe ersetzen müssen. Wo vorher viel gestritten wurde, nehme ich nun große Einigkeit wahr. Sogar Christian Lindner nennt erneuerbare Energien nun "Freiheitsenergien". Die Widerstände gegen die Energiewende fallen in sich zusammen - ich sehe gerade vielmehr einen Turbo für die Energiewende.

Woran machen Sie das fest?

Der Krieg potenziert das Klimaschutzargument: Er zeigt, dass es sich bei der Energiepolitik um Fragen von höchstem nationalen und internationalen Interesse handelt. Die Abhängigkeit von Diktatoren wie Wladimir Putin führt dazu, dass wir sogar Kriegsverbrechen in der Ukraine finanzieren. Richtig ist, dass wir nun mit Kohlekraftwerken kurzfristig mehr CO₂ in die Luft jagen. Hier geht es aber nur um eine Übergangszeit von zwei bis drei Jahren. Bis dahin wird der Ausbau der erneuerbaren Energien so viel Fahrt gewinnen, dass der Klimaschutz schneller vorankommt, als vor dem Krieg denkbar war.

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat nun ein "Oster-Paket" für den Ausbau der erneuerbaren Energien geschnürt. Zugleich bereitet er die Bürger darauf vor, dass der Wohlstand schwinden werde, und ruft zum Energiesparen auf. Reicht das?

Das Oster-Paket macht Investitionen in die Windkraft attraktiv und sorgt dafür, dass komplizierte Regelungen und Bürokratie abgebaut werden. Das ist gerade für Kommunen, die hier vorangehen wollen, sehr wichtig.

Auf welche bürokratischen Hürden stoßen sie bisher in Tübingen?

Die Gesetzgebung ist so kompliziert, dass selbst hoch spezialisierte Behörden kaum noch in der Lage sind, rechtssichere Entscheidungen zu treffen. Dann stoppen Gerichte den Bau ganzer Parks. Wenn man etwas Neues probieren will, findet sich fast immer eine Vorschrift, die das verhindert. Wir durften in den Kommunen bis vor Kurzem nicht mal schnelle Elektroräder auf Radwegen zulassen oder den Preis für das Anwohnerparken auf mehr als 2,50 Euro im Monat anheben. Hier sehe ich viel Veränderungsbedarf. Gesetze, die beim Klima- und Ressourcenschutz Fortschritt verhindern, sind nicht zeitgemäß.

Sehen Sie das auch bei ihrer Verpackungssteuer in Tübingen, die vom Verwaltungsgerichtshof Mannheim kassiert wurde, weil sie gegen das Abfallrecht des Bundes verstößt?

Zum Beispiel. In Tübingen hat McDonald's gegen unsere Steuer auf Einwegverpackungen geklagt, weil deren Geschäftsmodell davon lebt, dass sie die Kosten für die Müllentsorgung der Allgemeinheit überlassen. Wir wollten die Ressourcenverschwendung der To-Go-Kultur in der Stadt bekämpfen. Das findet in Tübingen große Zustimmung, das Gericht aber sagt, es sei der Stadt verboten, den Bund zu verbessern, der ja nur zuschaut, wie immer mehr Wegwerfmüll produziert wird. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Wir haben ein Verbesserungsverbot!

Nach der Urteilsverkündung haben Sie gesagt: "Für den Umwelt- und Klimaschutz, aber auch für das Gemeinwesen insgesamt ist es jedoch ein Problem, wenn neue Wege verbaut und gute Lösungen verboten sind." Wer tut das in

Deutschland?

Ich beobachte hierzulande eine ungute Mischung aus Lobbyinteressen, dem Beharren auf strengen Regelungen und zu viel Bürokratie. Die Gesetzgebung ist oft so kompliziert, dass man selbst mit juristischen Gutachten vorab nicht klären kann, welche Vorhaben zulässig sind. Kommunen können schwer abschätzen, welche Projekte sie umsetzen können. Wir leben in einer komplett überregulierten Gesellschaft mit unzähligen unverständlichen Vorschriften. Das erschwert Veränderungen.

Wie optimistisch sind Sie, dass Kommunen in Klimaschutzfragen mehr Planungssicherheit erhalten?

Durch den Krieg in der Ukraine gibt es einen extremen Veränderungsdruck. Das wird bei den erneuerbaren **Energien** und klimaneutraler Wärmeversorgung Blockaden aufbrechen. Bei der Überregulierung insgesamt bin ich aber nach wie vor sehr skeptisch: Die wird bleiben, weil es immer noch zu viele Hüter von Spezialinteressen gibt.

Wie versuchen Sie, Auswege zu finden?

Wir haben in Tübingen gerade die größte Solaranlage der Stadt an einem "Ohr", also einer Anschlussstelle einer Bundesstraße in Betrieb genommen. Es hat neun Jahre gedauert, dafür eine Genehmigung zu bekommen, aufgebaut war die Anlage in nur neun Wochen. Es gibt an Bundesstraßen ein Anbauverbot, und die "Ohren" werden als Alibiflächen für Naturschutz genutzt. Es braucht also komplizierte Ausnahmen. Daraus kann man lernen und künftige Verfahren beschleunigen. In ganz Baden-Württemberg gibt es rund 600 solcher "Ohren". Ich habe dem Ministerpräsidenten vorgeschlagen, ein Landesohrengesetz zu machen und diese Flächen auf einen Schlag für **Solarenergie** freizugeben. Da könnte man die Leistung eines Atomkraftwerks bauen.

Sie verpflichten Ihre Bürger auch zum Bau von Solaranlagen auf Neubauten. Wie überzeugen Sie die Tübinger von solchen mit hohen Ausgaben verbundenen Auflagen?

Bei Schwaben geht das leicht: Wer eine Solaranlage auf dem eigenen Dach hat, spart Geld, weil es billiger ist, den Strom direkt vom eigenen Dach zu beziehen als vom städtischen **Energieversorger**. Ich finde es zumutbar, die Leute zum Sparen zu zwingen.

Zu Jahresbeginn haben Sie aber auch die Gebühren für Anwohnerparkplätze für große Pkw von 30 auf 180 Euro angehoben. Wie erklären Sie das den Betroffenen?

Das sind Lenkungsmaßnahmen, die dem Gemeinwohl zugutekommen. Umweltfreundliche Städte erreichen wir nicht allein mit Appellen. Hier müssen wir mit dem Allgemeinwohl argumentieren. Und Besitzer von klimaschädlichen Autos müssen dann eben mehr zahlen. Dafür machen wir mit den Einnahmen den Nahverkehr billiger und besser. In Tübingen kann man zum Beispiel samstags umsonst Bus und Bahn fahren.

Und das funktioniert?

Unsere Projekte sind eingebettet in ein Klimaschutzprogramm, das der Gemeinderat ohne Gegenstimmen beschlossen hat und das die Klimaneutralität bis 2030 zum Ziel hat. Dieser Grundkonsens im Rat und in der Bürgerschaft legitimiert umstrittene Entscheidungen wie höhere Gebühren für Anwohnerparkausweise. Die meisten Tübinger sehen ein, dass solche Maßnahmen wichtig für das Ziel der Klimaneutralität sind.

Das Projekt einer Stadtbahn, über das Bürger per App abstimmen durften, ist hingegen gescheitert.

Dass dieses Projekt fehlgeschlagen ist, war schmerzhaft. Ein wesentlicher Grund lag darin, dass wir eine Mehrheit nicht von den klima- und verkehrspolitischen Vorteilen überzeugen konnten. Da es eine Pendlerbahn sein sollte, hätten die Tübinger vor allem die Baustelle gehabt, die Nutzer aus dem Umland konnten gar nicht abstimmen. Die Tübinger sind vielleicht die altruistischsten Stadtbewohner im Land, aber das war dann doch zu viel verlangt.

Diana Pieper




Bildunterschrift: Die Gelbflechte ist sehr tolerant gegenüber Luftverschmutzung
Boris Palmer (Grüne), Oberbürgermeister von Tübingen

Quelle:	DIE WELT, 22.04.2022, Nr. 78, S. 2
Ressort:	Politik
Rubrik:	Politik
Dokumentnummer:	201267206

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WELT_54c0b7b6fec551b3aa2037b655938b2a94c8f6de

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH